

die Regierung als entscheidungsschwach, reaktiv und zögerlich erscheinen zu lassen. Die Tories verlangten unmittelbar nach Vorlage des Stern-Reports ein Gesetz zur Bekämpfung des Klimawandels. Den von Umweltminister Miliband vorgelegten Entwurf bewerteten sie als verwässert und unzureichend.

Die britische Regierung hat ihren Gesetzentwurf im März 2007 vorgelegt. Er ist seither Gegenstand von Anhörungen, Stellungnahmen und Diskussionen, die am 12. Juni abgeschlossen wurden. Ziel des Gesetzes ist die Verpflichtung, die Kohlendioxidemissionen „durch nationale und internationale Maßnahmen“ gegenüber 1990 bis 2020 um 26–32 Prozent und bis 2050 um 60 Prozent zu reduzieren. Ein unabhängiges Komitee soll eingerichtet werden, das die Regierung bei der Umsetzung ihrer Ziele zum Klimawandel beraten soll und dabei die Entwicklungen der Umwelttechnologie, der Wirtschaft, der Finanzen sowie sozialer und internationaler Faktoren und die Energiepolitik im Auge haben soll. Das Gesetz soll der Regierung ferner die Möglichkeit geben, neue Systeme beim Handel mit Emissionen einzuführen, die es ihr erlauben, die Rahmenvorgaben des Haushalts und der Emissionsziele zu beachten. Das Komitee soll dem Parlament einmal jährlich einen Bericht vorlegen, der mit einer Stellungnahme der Regierung zu versehen ist. Daneben ver-



*England erlebte im Sommer 2007 Überschwemmungen in bisher unbekanntem Ausmaß.*

pflichtet der Gesetzentwurf die Regierung, dem Parlament regelmäßig zum Stand der Umsetzung der Klimaziele zu berichten.

Die Regierung hat ferner umfangreiche Maßnahmen in ihrem „UK Climate Change Programme“ zusammengefasst. Es enthält die einzelnen Schritte zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen und beschreibt die Pläne der britischen Regierung national wie international.

## DÄNEMARK: IN VORBEREITUNG AUF DIE WELTKLIMAKONFERENZ 2009 IN KOPENHAGEN

*Thomas Bernd Stehling*

### WIE VERLÄUFT DER DISKURS ZUM KLIMAWANDEL IN DÄNEMARK?

Die Dänen erfreuen sich an der internationalen Anerkennung, die ihre Umwelt- und Klimapolitik erfährt. So haben die Vereinten Nationen entschieden, die Weltklimakonferenz 2009 mit rund 10.000 Delegierten und Beobachtern aus 170 Ländern in Kopenhagen durchzuführen. Er ist Teil der UN „Framework Convention on Climate Change (FCCC)“ und soll die Debatte über eine Anschluss-Vereinbarung zum Kyoto-Protokoll für die Zeit nach 2012 aufnehmen.

Der frühere US-Präsident Bill Clinton hat in einer Rede im dänischen Aarhus das Land für seinen „Kampf gegen die globale Erwärmung“ gelobt und Bevölkerung und Regierung aufgefordert, für „eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung

auch im Rest der Welt“ einzutreten. Dänemark zeige, dass „Wirtschaftswachstum ohne Erhöhung von Treibhausgasemissionen“ möglich sei.

Und in der Tat hat Dänemark eine unaufgeregte und zugleich entschlossene Veränderung seiner Energiepolitik auf den Weg gebracht, die Früchte trägt. Die Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere der Windkraft und Biomasse, nimmt bereits seit geraumer Zeit einen festen Platz in der Diskussion über die Alternativen zu Gas und Öl ein. Im Mai wurde in Nakskov auf Lolland das erste Wasserstoff-Kraftwerk eingeweiht. Die Anlage soll nicht genutzte Produktionen der Windkraftwerke nutzen, die sonst verloren gingen.

Umweltbewusstsein und die Sorgen um die Folgen des Klimawandels sind grundsätzlich in Dänemark bei Bevölkerung und den Verantwortlichen in Politik und

Wirtschaft seit langem verankert. Gleichwohl hat Umweltministerin Connie Hedegaard ihre Landsleute noch einmal daran erinnert, dass es in den 70iger und 80iger Jahren möglich war, durch Energiesparkampagnen den Energieverbrauch auf dem Stand von 1970 zu halten, während sich das Bruttosozialprodukt in der selben Zeit verdoppelt habe. Dies sei weitgehend durch energiebewusstes Verhalten im privaten Bereich möglich geworden. Gleiches müsse heute geschehen, wenn die CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich gesenkt werden sollen. Eine aktuelle Umfrage hatte zuvor gezeigt, dass die Dänen ihren persönlichen CO<sub>2</sub>-Verbrauch um rund ein Drittel unterschätzen.

#### WELCHE FOLGEN DES KLIMAWANDELS WERDEN ALS AKUTE PROBLEME GESEHEN?

Die dänische Regierung hat in ihrem Bericht „Denmark's Fourth National Communication on Climate Change“ folgendes festgestellt:

- Nach den vorliegenden Analysen wird der generelle Trend für Dänemark im Zeitraum 2071–2100 im Vergleich zum Zeitraum 1961–1990 einen Temperaturanstieg von 3–5 Grad ergeben. Die stärkste Erwärmung nachts, keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Entwicklungen im Sommer oder Winter, allerdings mit weniger Frost und Schnee.
- 10–40 Prozent mehr Niederschläge im Winter und ein Rückgang von Niederschlägen im Sommer von 10–25 Prozent. Längere Trockenzeiten im Sommer, dafür heftiger Regen, insbesondere im Herbst.
- Trend zu mehr regulärem westlichen Wind und leichter Anstieg von Stürmen über Dänemark, verbunden mit einem Anstieg des Meeresspiegels in extremen Wetterbedingungen um 5–10 Prozent (0,3 m an der Westküste) zusätzlich zu dem vom IPCC erwarteten generellen Anstieg von 0,1–0,9 m über heutigem Meeresspiegel.

Nur wenige Unterlagen gibt es bislang zu Nebenfolgen des Klimawandels für Dänemark, also z.B. den Auswirkungen für den Tourismus, „Umweltflüchtlinge“, die Preise bzw. den Subventionsbedarf für Agrarprodukte oder die Kosten für die Sicherung der 7400 km Küstenlinie.

#### WELCHE REAKTIONEN GAB ES AUF DIE BEREITS VERÖFFENTLICHTEN TEILE DES IPCC-BERICHTS?

Die dänische Regierung trägt den IPCC-Bericht mit und fühlt sich seinen Vereinbarungen und Zielen verpflichtet. Die Reaktionen darauf waren im Lande selbst positiv und unterstützend. Neben der politischen Debatte nimmt die bürgerschaftliche Beteiligung breiten Raum ein. Darüber hinaus werden die wesentlichen



*Dänemark möchte 30 Prozent seines Energiebedarfs mit erneuerbaren Energien decken.*

Inhalte an Schulen und Hochschulen als Teil einer breiteren Unterrichtung zu Themen des Umweltschutzes und der Energieversorgung diskutiert.

#### WIE GEHT DIE POLITIK MIT DER PROBLEMATIK UM? WER SIND DIE AKTEURE?

Die Regierung hat bereits mit

- der „Nationalen Klima Strategie“ für Dänemark (2003),
- der Abfall Strategie (2003),
- der Energie Strategie bis 2025 (2005),
- dem Aktionsplan für energiesparende Maßnahmen (2005)

wesentliche Grundlagen für eigene Schritte zum Klima- und Umweltschutz getan. Die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Quote dient darüber hinaus der Umsetzung der Vereinbarungen in der EU. Teil des Energie-Plans bis 2025 ist die Steuerbefreiung von Wasserstoff-betriebenen Autos, die Erhöhung von Forschungsmitteln von 64 Millionen auf 127 Millionen Euro pro Jahr, die Festlegung, den Anteil der erneuerbaren Energien auf 30 Prozent zu erhöhen und den Energieverbrauch um durchschnittlich 1,25 Prozent pro Jahr zu senken. Bis 2020 sollen 10 Prozent des Treibstoffes aus Biomasse gewonnen werden.

Die Regierung hat zur Kontrolle und kostensparenden Umsetzung ihrer Beschlüsse ein „Klima-Komitee“ eingerichtet, dem Vertreter des Finanzministers, des Wirtschaftsministers, des Landwirtschaftsministers, des Außenministers, des Verkehrs- und Energieministers und des Umweltministers angehören. Hinzu kommen die dänische Energiebehörde und die Umweltschutz-agentur (EPA), die auch den Vorsitz führt. Das Komitee überwacht mögliche Abweichungen von den Zielen zum Abbau von Treibhausgasen und koordiniert die nationalen Politiken sowie die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen Dänemarks.